

Kandidatinnen und Kandidaten zur den Kommunalwahlen 2008**Stadtverordnetenversammlung Rathenow**

1. **Golze, Daniel**
Jg. 1969, Rechtsanwalt
2. **Golze, Diana**
Jg. 1975, Mitglied des Bundestages
3. **Dietze, Karin**
Jg. 1947, Trauerrednerin
4. **Görke, Christian**
Jg. 1962, Mitglied des Landtages
5. **Meier, Susanne**
Jg. 1989, Schülerin
6. **Ochsle, Hendrik**
Jg. 1961, Werbekaufmann
7. **Gajdecki, Ellen**
Jg. 1932, Rentnerin
8. **Hübner, Frank**
Jg. 1966, Dipl.-Politikwissenschaftler
9. **Fährmann, Dorothee**
Jg. 1989, Schülerin
10. **Granzow, Karl-Reinhold**
Jg. 1943, Rentner
11. **Heinrich, Kerstin**
Jg. 1964, Pflegedienstleiterin
12. **Grigoleit, Hans-Jürgen**
Jg. 1949, Verwaltungsangestellter
13. **Gröger, Angela**
Jg. 1965, Ass. der Geschäftsführung
14. **Böttger, Marcel**
Jg. 1978, Animator
15. **Sagewka, Monika**
Jg. 1959, Wirtschaftskauffrau
16. **Rentmeister, Benno**
Jg. 1951, Architekt
17. **Fährmann, Berthold**
Jg. 1941, Rentner
18. **Schildberg, Ulf**
Jg. 1965, EU-Rentner
19. **Haselau, Bernd**
Jg. 1950, Projektkoordinator
20. **Sommerfeld, Klaus**
Jg. 1963, Lehrer
21. **Lankau, Helmut**
Jg. 1951, Rentner
22. **Wollenzien, Gerd**
Jg. 1954, KOM-Fahrer
23. **Metzner, Klaus**
Jg. 1952, Projekt-Ingenieur
24. **Stache, Otto**
Jg. 1964, Stanzer

Kreistag (Wahlkreis 1)

1. **Görke, Christian**
Jg. 1962, Mitglied des Landtages
2. **Meier, Susanne**
Jg. 1989, Schülerin
3. **Degner, Günter**
Jg. 1928, Rentner
4. **Heinrich, Kerstin**
Jg. 1964, Pflegedienstleiterin
5. **Mathews, Fredi**
Jg. 1945, Rentner
6. **Fährmann, Dorothee**
Jg. 1989, Schülerin
7. **Granzow, Karl-Reinhold**
Jg. 1943, Rentner
8. **Hundt, Wolfgang**
Jg. 1941, Rentner
9. **Wollenzien, Gerd**
Jg. 1954, KOM-Fahrer
10. **Pfeiffer, Bernd**
Jg. 1965, Lehrer
11. **Haselau, Bernd**
Jg. 1950, Projektkoordinator
12. **Fährmann, Berthold**
Jg. 1941, Rentner
13. **Scholze, Hans-Joachim**
Jg. 1949, Installateur
14. **Pütsch, Thomas**
Jg. 1972, Melker
15. **Stache, Otto**
Jg. 1964, Stanzer
16. **Rentmeister, Benno**
Jg. 1951, Architekt
17. **Schildberg, Ulf**
Jg. 1965, EU-Rentner
18. **Renne, Bernd**
Jg. 1959, Erzieher
19. **Hübner, Frank**
Jg. 1966, Dipl.-Politikwissenschaftler
20. **Golze, Daniel**
Jg. 1969, Rechtsanwalt

Ortsteil Götlin

1. **Klenke, Joachim**
Jg. 1943, Rentner
2. **Scholze, Hans-Joachim**
Jg. 1949, Installateur

Die Rote Brille

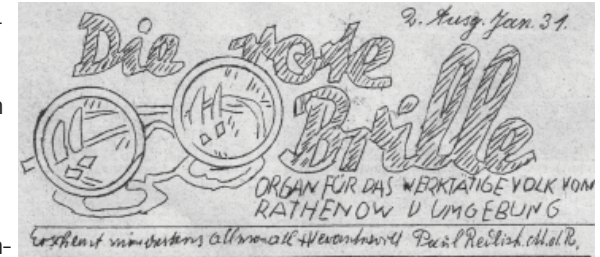
Das LINKE Rathenower Informationsblatt

DIE LINKE.

Die Rathenower LINKE mit neuem Informationsblatt!

Die Rote Brille informiert ab sofort regelmäßig über die Aktivitäten des Rathenower Stadtverbandes der LINKEN, gibt einen Einblick in das vielfältige Parteileben der Rathenower LINKEN, informiert über Veranstaltungen und Termine und bietet nicht zuletzt eine Plattform für öffentliche Debatten. Deshalb richtet sich das Info-Blatt an Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN sowie an interessierte Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen. Mit dem Titel „Die Rote Brille“ möchten wir an die gleichnamige illegale Rathenower Zeitung erinnern, die in den 30-er Jahren von Widerstandskämpfern gegen das Hitler-Regime herausgegeben wurde. „Die rote Brille – das Organ für das werktätige Volk von Rathenow und Umgebung“ erschien vierzehntägig. Mit der Namenswahl möchten wir die Widerstandskämpfer gegen Faschismus auch im Alltag ehren.

Die neue Rote Brille soll darüber hinaus kommunale Themen aufgreifen, Platz für Anregungen und Kritik bieten und nicht zuletzt zum Nach- und Weiterdenken anregen. Deshalb sind alle Leserinnen und Leser eingeladen, ihre Meinung kundzutun und mit eigenen Beiträgen



das neue Info-Blatt zu bereichern. Außerdem soll die Rote Brille die Tätigkeit der linken Abgeordneten beleuchten. Nicht immer erschließen sich die Hintergründe von Entscheidungen dem interessierten Betrachter. Deshalb ist es wichtig, Informationen aus erster Hand weiterzugeben und mit den politisch Interessierten in konstruktive Zusammenarbeit zu treten oder die sachorientierte Auseinandersetzung zu suchen. Auch dafür soll unser Info-Blatt dienen. Und schließlich soll der Blick durch die Rote Brille auch Standpunkte und Positionen vermitteln. Polemik und Zuspitzung bleiben dabei sicher nicht aus. Satire ist ausdrücklich erwünscht. Alles in allem soll die Leserin bzw. der Leser sich stets auf die nächste Ausgabe freuen, die wir auch als Download (pdf) anbieten.

Kurzblick

Mit Empörung haben die demokratischen Parteien darauf reagiert, dass die MAZ in ihrer Zusammenstellung der Wahlausagen der Parteien in Nauen die NPD in einer Reihe mit LINKE, CDU, SPD, Grüne und FDP genannt und dargestellt hat. Die Redakteure der MAZ sollten wissen, dass hinter den verschleierte und verquastene Aussagen der NPD der reine Fremdenhass und das Ziel der Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung steht. Das Mobile Beratungsteam Brandenburg und viele andere Kenner der rechtsextremistischen Szene warnen immer wieder davor, der NPD ein Forum zu bieten. Leider scheint die MAZ dies nicht verstanden zu haben. Aus diesem Grund haben LINKE, CDU, SPD, Grüne und FDP ihre Zuarbeiten zurückgezogen. Wir setzen uns mit der NPD auseinander. Ein Forum bieten wir ihr nicht!

Aktuelles

Sicherheitskonferenz?
Das war die Veranstaltung am 17.09. gerade nicht: Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten. Keine Einbeziehung der Akteure vor Ort. Schlusspunkt: Die Unterschrift unter einem Papier, dass lediglich den jetzigen Zustand auf Papier bannt. Eine Verbesserung wird damit nicht einhergehen können. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe!

In dieser Ausgabe blickt durch:**Daniel Golze (Fraktionsvorsitzender in der SVV)****Wie sieht Dein Fazit der zu Ende gehenden Wahlperiode aus?**

D. Golze: Ich bin stolz, dass unsere Fraktion über die gesamte Wahlperiode hinweg eine sachorientierte Arbeit geleistet hat. DIE LINKE ist eben nicht nur eine Partei für den Wahltag, sondern eine Partei für alle Tage. Das schätzen nicht nur unsere Wähler, sondern wird auch von Menschen anerkannt, die uns politisch nicht nahe stehen.

Welche Rolle spielt Parteipolitik in der SVV?

D. Golze: Als Abgeordnete der LINKEN geben wir unsere Grundüberzeugungen natürlich nicht an der Garderobe ab. Dennoch spielt Parteipolitik auf kommunaler Ebene eher eine untergeordnete Rolle. Der Handlungsspielraum ist nicht gerade groß. Hinzu kommen oftmals finanzielle Zwänge. Unsere Stärke ist, dass wir uns an den sozialen und kulturellen Interessen der Bürgerinnen und Bürger orientieren und diese Linie durchhalten. Während Abgeordnete anderer Parteien in Kommunalparlamenten oftmals in Opposition zu ihren eigenen Parteifreunden im Land- bzw. Bundestag treten müssen, um den Bürgerwillen zu respektieren, gibt es bei uns eine einheitliche Position von Kommunal- bis Bundesebene. Das stärkt die Glaubwürdigkeit.

Was hat DIE LINKE im Rathenower Stadtparlament bewirkt?

D. Golze: Im Laufe der Wahlperiode haben wir zahlreiche Anträge gestellt und Vorschläge unterbreitet. Nur einige Beispiele: Zusammen mit Abgeordneten anderer Fraktionen und dem großen Engagement von Eltern, Schülern und Lehrern konnten wir beispielsweise die Schließung der Grundschule in Rathenow-West abwenden. Auch die von uns initiierten Begehungen in Schulen und Kitas sind nicht ohne Wirkung geblieben. Notwendige Investitionen wurden auf den Weg gebracht. Auch die Sicherheitskonferenz, die erst in den letzten Tagen stattfand, ging auf einen Antrag der LINKEN zur Verbesserung von Ordnung und Sicherheit zurück. Ein weiteres Beispiel ist der zügige Bau des neuen Parkplatzes in der Puschkinstraße, um im Stadtzentrum zusätzliche Parkflächen bereitzustellen. Dieser Vorschlag kam aus den Reihen unserer Fraktion.

Welche Aufgaben stehen in der neuen Wahlperiode an?

D. Golze: Zweifellos muss die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Rathenow verbessert werden. Die Angebote für Kinder und Jugendliche müssen erhalten und attraktiver gestaltet werden. Des Weiteren ist die Frage nach einem stadteigenen Rathaus endlich zu beantworten. Die derzeitige Mietvariante erweist sich als zu teuer. Langfristig ist es nicht vermittelbar, dass die Stadt zwar jährlich rund eine halbe Million Euro für das Verwaltungsgebäude ausgibt, aber nicht 20.000 Euro aufbringen kann, um die Benutzung der städtischen Sporthallen für den organisierten Kinder- und Jugendsport gebührenfrei zu stellen. Überfällig ist ebenfalls eine verbesserte Koordinierung des Veranstaltungsmanagements zwischen Stadtverwaltung, Optikpark und Kulturzentrum. Und schließlich sind nachhaltige Projekte zur Bundestgartenschau 2015 vorzubereiten, um die touristische Infrastruktur der gesamten Region weiterzuentwickeln.

Lebst Du gern in Rathenow?

D. Golze: Ich bin hier geboren und aufgewachsen. Ich hatte eine glückliche Kindheit und habe eine super Familie. Ich bin also rund um glücklich. Weshalb sollte ich also wegziehen? Natürlich muss in der Stadt noch einiges verbessert werden. Und daran möchte ich gern mitwirken.

Spruch der Ausgabe

„Warum soll ein Sozialdemokrat keinen Maßanzug tragen. Irgendwas muss ihm ja passen, wenn schon nicht der Sozialismus.“

Werner Schneyder, österreichischer Kabarettist und Autor, in seinem Grußwort zur Gründung der Partei DIE LINKE

Impressum

Druck/Layout: Eigenproduktion
Redaktion: Daniel Golze (V.i.S.d.P.),
Susanne Meier, Frank
Hübner, Dieter Seeger,
Hendrik Öchsle
Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
03385/512531

Auflage: Email (pdf), 500 gedr.
Exemplare
www.dielinke-havelland.de
rote-brille@dielinke-havelland.de
Spende erbeten!

Die Kernpunkte unseres Wahlprogramms

Rathenow hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Durch die Landesgartenschau 2006 und den Stadtumbau wurde Rathenow deutlich aufgewertet. Dennoch gibt es Handlungsbedarf. Zahlreiche Straßen und Gehwege müssen saniert, innerstädtische Brachen umgestaltet werden.

Die 1650 ortsansässigen Unternehmen bilden das wirtschaftliche Rückgrat der havelländischen Kreisstadt. Sie sind Arbeitgeber und bestimmen die Entwicklung unserer Stadt maßgeblich mit. Deshalb genießt die Bestandspflege der hiesigen Unternehmen bei der LINKEN einen hohen Stellenwert. Nach der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung im Land Brandenburg ist es für die mittel- und langfristige wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt wichtig, als Wachstumskern eingestuft zu werden. Deshalb unterstützt DIE LINKE alle Initiativen, um den Wirtschaftsraum Rathenow/Premnitz als Wachstumskern auszuweisen.

Soziale Gerechtigkeit ist ein Grundpfeiler des politischen Selbstverständnisses der

LINKEN. Soziale Gerechtigkeit heißt in erster Linie, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit jedermann selbst bestimmt leben kann. Wer auf Sozialleistungen angewiesen ist, muss auch davon sein Leben in Würde bestreiten können. In der Kommune gilt deshalb: Den Charakter eines Gemeinwesens erkennt man an seinem Umgang mit den Hilfsbedürftigen.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt. Dies muss sich auch in der Politik widerspiegeln. Die Nutzung von Kinder- und Jugendeinrichtungen unserer Stadt darf nicht am Geldbeutel scheitern.

DIE LINKE spricht sich für den Erhalt aller gegenwärtigen Schulstandorte aus. Die Schulen sollen durch den Ausbau von Ganztagsangeboten neben ihrer Funktion als Bildungsstätte auch immer stärker zu sozialen Zentren der Stadt werden.

Wählen Sie mit allen 3 Stimmen die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN in die SVV Rathenow!



Der Rathaus-Blick

Der Standpunkt - Heute: Kerstin Heinrich



Die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Seniorenalter wird auch in Rathenow weiter steigen. Daher muss sich auch die Politik für die Belange von Seniorinnen und Senioren und deren Angehörige einsetzen.

Senioren oder sogar Pflegebedürftige haben andere Probleme als junge Leute. Darauf muss besser eingegangen werden. Ob es Angebote für Kultur, Sport, Wohnumfeld, Ordnung und Sicherheit, Verkehrsanbindung, behindertengerechte Zugänge oder Beratungsstellen sind. Die Bundesregierung hat ab 01.07.08 gute und wichtige Änderungen mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PFWG) auf den Weg gebracht. Nun muss dies in den Kommunen mit Hilfe von Pflegestützpunkten umgesetzt werden. Diese Pflegestützpunkte sollen

Die LINKE in der SVV Rathenow: Berechenbar und sozial!

Unsere zehn Abgeordneten können auf eine erfolgreiche und arbeitsintensive Wahlperiode zurückblicken. Unser Wahlprogramm, mit dem wir uns vor fünf Jahren zur Wahl gestellt haben, konnten wir nahezu vollständig abarbeiten. Das heißt leider nicht, dass alle unsere Vorhaben und Anliegen umgesetzt werden konnten. Zwar ist DIE LINKE die stärkste Fraktion in der SVV, aber sie verfügt nicht über die absolute Mehrheit, um allein die Entwicklung der Stadtpolitik gestalten zu können. Viele unserer Anträge fanden in der SVV eine Mehrheit, andere wurden Grundlage von Kompromisslösungen oder stießen auf geschlossene Ablehnung der anderen Fraktionen. Im Gegensatz zum kontinuierlich gepflegten Vorurteil von politischen Kontrahenten haben wir unsere Anträge immer finanziell untersetzt. Vielleicht war die vorgeschlagene Umverteilung nicht immer nach der Vorstellung der anderen Fraktionen, aber genau durch unsere Prioritätensetzung für Soziales, Bildung und Kultur unterscheiden wir uns eben von politischen Mitbewerbern. Und das

unabhängige Beratungsstellen sein, die von Krankenkassen in Zusammenarbeit mit der Kommune eingerichtet werden. Es ist darauf zu achten dass auch in Rathenow ein solcher Pflegestützpunkt installiert wird und unabhängig von Trägern arbeiten kann. Aus beruflicher Erfahrung weiß ich, wie hoch der Bedarf an Beratung für Seniorinnen und Senioren und gerade auch für Pflegebedürftige und deren Angehörige ist.

Ich halte es für wichtig, dass auch alte Menschen die freie Wahl zwischen Hilfeleistungen haben und in guter Qualität und Würde den letzten Abschnitt ihres Lebens verbringen können. Als eine weitere wichtige Aufgabe sehe ich die Überprüfung von Kosten bei Straßenbauten, insbesondere die Prüfung der Anliegerbeiträge. Es müssen nicht die teuersten Straßenbeläge, Straßenleuchten usw. verbaut werden, da insbesondere im Hinblick auf den Anliegerbeitrag auch günstigere Produkte in gleicher Qualität verarbeitet werden können.

ist gut so. Beispielsweise wollten wir 2008 frei werdende Mittel für soziale und kulturelle Zwecke umschichten. U.a. schlugen wir vor, die Stadtbibliothek, das Frauenhaus und das Obdachlosenheim besser auszustatten und die Arbeit des Jugend- und Kinderparlaments sowie des Seniorenrates stärker als bisher finanziell zu unterstützen. Leider wurde dieser Antrag ohne inhaltliche Debatte von den anderen Fraktionen abgelehnt. Ebenfalls scheiterte unsere Fraktion mit dem Antrag, die gebührenfreie Nutzung städtischer Sporthallen für den organisierten Kinder- und Jugendsport durchzusetzen. Jetzt im Kommunalwahlkampf hat zumindest die SPD ihre Auffassung geändert und wirbt ebenfalls für eine solche kostenfreie Nutzung. Das begrüßen wir ausdrücklich. Auf der anderen Seite haben die Mitglieder unserer Fraktion auch immer versucht, Anträge und Vorschläge anderer Parteien konstruktiv zu begleiten und gegebenenfalls zu qualifizieren. Ein Beispiel hierfür ist der SPD-Antrag zur Abschaffung der Schließzeiten in den städtischen Kitas. Wir unterstützen dieses Anliegen, aber fordern gleichzeitig, mehr Personal für die Betreuung der Kinder einzustellen.

Bundestagsblick

Steinmeier steht für neoliberale Politik von gestern



Diana Golze, MdB

Die Entscheidung der SPD-Spitze, Außenminister Frank-Walter Steinmeier als SPD-Kanzlerkandidaten zu küren, überraschte nicht. Wie in diesem Zusammenhang

aber der bisherige SPD-Vorsitzende Kurt Beck ausgetobet wurde, spricht nicht gerade für das neue Führungsduo der Sozialdemokraten. Steinmeier gehörte in der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Protagonisten, die die unsoziale Politik der Agenda 2010 und die so genannte Hartz-IV-Reform geprägt und umgesetzt haben. Mit der Niederlage von Kanzler Schröder bei der Bundestagswahl 2005 ist auch Steinmeier gescheitert.

Als Nachlassverwalter der neoliberalen Politik der Regierung Schröder soll Frank-Walter Steinmeier nun zum Hoffnungsträger der Sozialdemokraten werden. Dass wird insbesondere den Brandenburgerinnen und Brandenburgern nur schwer vermittelbar sein, denn als Außenminister ist Steinmeier Mitglied des Kabinetts Merkel, das gerade auch in Ostdeutschland die Ausweitung von prekärer Beschäftigung und Kinderarmut zu verantworten hat.

DIE LINKE setzt eine zukunftsorientierte Politik der sozialen Gerechtigkeit dagegen, die bei immer mehr Menschen in Ost- und Westdeutschland Zustimmung findet. Vor diesem Hintergrund gehe ich optimistisch in die Auseinandersetzung um das Direktmandat im Bundestagswahlkreis Rathenow/Brandenburg an der Havel/Belzig/Jüterbog, auch wenn ein potenzieller Kontrahent nun Kanzlerkandidat ist.

Übrigens, seitdem Frank-Walter

Steinmeier SPD-Kanzlerkandidat ist, gewinnt auch die Tätigkeit des 1. Untersuchungsausschusses des Bundestages an Brisanz. Der Ausschuss geht u.a. der Frage nach, ob und inwieweit der BND während des Irak-Krieges im März/April 2003 möglicherweise mit den US-Streitkräften kooperiert hat, nachdem die damalige Bundesregierung offiziell jede aktive Unterstützung der Kriegshandlungen abgelehnt hatte. Medienberichten zu Folge soll Frank-Walter Steinmeier als damaliger Chef des Bundeskanzleramtes die Zusammenarbeit von BND und US-Militär befürwortet haben. Nach Darstellung des „Stern“ sollen zu Beginn des Irak-Krieges zwei BND-Agenten den Amerikanern aus Bagdad kriegswichtige Informationen geliefert haben. Kurz vor dem Einmarsch der US-Truppen 2003 hätten sie auf US-Anfragen u.a. Gefechtsstände irakischer Militär- und Geheimdienst-Einheiten gemeldet. Irakische Stellungen, die der BND mit GPS-Koordinaten angegeben hatte, seien daraufhin durch die US-Luftwaffe bombardiert worden. Sollten sich diese Vorwürfe bestätigen, geht der SPD-Hoffnungsträger mit einer schweren Hypothek in den Wahlkampf. Auch in dieser Frage bietet DIE LINKE eine klare Alternative. Wir lehnen die Militarisierung der Außenpolitik entschieden ab und fordern die umgehende Beendigung des gegenwärtigen Kriegseinsatzes der Bundeswehr in Afghanistan.



Diana Golze im Gespräch mit Mitarbeitern des von der Schließung bedrohten Henkel-Werkes in Genthin

Landtagsblick

Verfehlte Arbeitsmarktpolitik von SPD und Union erhöht das Risiko der Altersarmut



Das Problem der drohenden Altersarmut ist kein Phänomen, das unausweichlich auch auf zahlreiche Brandenburgerinnen und Brandenburger zukommt. Wissenschaftler des Wirtschafts-

und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung sehen die künftige Zunahme der Altersarmut nicht in erster Linie in der demografischen Entwicklung oder im Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung begründet. Vielmehr nennen sie für die Rückkehr der Altersarmut übereinstimmend drei Gründe: 1. Arbeitslosigkeit, 2. Ausweitung der Niedriglöhne und 3. atypische Beschäftigung. Das ist eine schallende Ohrfeige für die Regierungsparteien auf Bundes- und Landesebene. Zwei der drei Gründe haben die Koalitionsparteien mit ihrer so genannten Reformpolitik verursacht. Die Ausweitung des Niedriglohn-Sektors und die Zunahme von atypischer Beschäftigung ist Folge der Agenda 2010-Politik. Das belegen auch die entsprechenden Arbeitsmarktdaten in Brandenburg. Die 119.168 arbeitslosen Hartz-IV-Betroffenen, die 14.800 Ein-Euro-Jobber, die rund 70.000 Aufstocker und ca. 12.180 Zeitarbeiter sind die



Christian Görke im Gespräch mit einer Besuchergruppe im Landtag Brandenburg

potenziellen Armutsrentner von morgen. Mit der so genannten Reformpolitik wurden die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht gelöst, dafür aber die Voraussetzungen für kommende Altersarmut geschaffen. Union und SPD stellen das größte Armutsrisiko für künftige Rentnergenerationen dar! Der Sachverhalt liegt klar auf der Hand: Wer wenig verdient, kann nicht sparen und nur geringe Rentenansprüche sammeln. Ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger erwirbt pro Jahr einen monatlichen Rentenanspruch von 2,19 Euro. Zudem werden auch die Rentenreformen die Altersarmut befördern. Erworbene Rentenansprüche sind künftig weniger wert, weil die neue Rentenanpassungsformel die Renten von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt hat. Dadurch erhalten selbst Rentner, die auf eine lange Beschäftigungszeit zurückblicken können, nur eine Rente auf Grundsicherungsniveau. Am folgenden Beispiel wird deutlich, was künftige Rentnergenerationen dank der Reformen zu erwarten haben: Wären die von Union und SPD beschlossenen Rentenreformen bereits schon heute voll wirksam, so würde der Eckrentner (Durchschnittsberechnung) statt 1.200 nur noch 900 Euro Rente erhalten. Zusätzlich geschmälert wird das Alterseinkommen durch die Reformen der Kranken- und Pflegeversicherung. Auch das Mehrsäulen-Modell aus gesetzlicher Rente plus privater Vorsorge und Betriebsrente bietet keine Lösung des Problems, denn diese Förderung des privaten Sparens erreicht gerade jene Menschen nicht, die von Altersarmut bedroht sind: Arbeitslose und Niedriglöhner. Ihnen kann nur die gesetzliche Rente einen Schutz vor Altersarmut bieten. Auch darin sind sich die Experten von WSI und vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung einig. Hierfür müssen allerdings die Rahmenbedingungen stimmen: Das wären die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns sowie die Umstellung der staatlichen Rentenversicherung zu einer Versicherung für alle Erwerbsfähigen. Zudem dürfte der vorzeitige Ausstieg älterer Arbeitsloser aus dem Erwerbsleben nicht mit Rentenabschlägen bestraft werden.

Die Junge Seite

Weniger Jugend, weniger Geld? Denkste!

2.000 Euro stellt die Stadt Rathenow jährlich zur Verfügung, um die gesamte offene Jugendarbeit zu unterstützen. 2.000 Euro, die sich in Luft auflösen, wenn man beispielsweise das Jugendzentrum „Madhouse“, den Humanistischen Freidenkerbund, die AWO oder den Brücke e.V. über ihre Arbeit reden hört. Da werden die Mieten mit den Sachgeldern der MAE-Stellen finanziert, beinahe täglich gehen „Bettelanrufe“ bei großen Unternehmen ein, weil es sonst kein Sommerfest, keine Fahrt ins Naturkundemuseum nach Berlin oder kein Kunstprojekt geben kann. Freie Träger der Jugendhilfe haben es nicht einfach, besonders wenn sie klein oder erst neu sind. Die Idee des Kinder- und Jugendparlaments (KijuPa) Rathenow ist es, die Kostenstelle im städtischen Haushalt von 2.000 Euro auf 20.000 Euro anzuheben. Von diesem Geld könnte in Zukunft der Rathenower Jugendtag mitfinanziert werden und die freien Träger können Anträge stellen, wenn sie dringend

Jugendklubs vor dem Aus?

Das KijuPa hat in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses ein düsteres Bild für einige Jugendklubs in Rathenow gezeichnet. Durch den Wegfall von MAE-Stellen, können Mieten nicht mehr bezahlt werden. Die Klubs sind so-

Rathenow als tote Stadt?!

Wo gehobelt wird, da fallen Späne! Wo Kuchen verkauft wird, da bleiben auch ein paar Krümel liegen! Und wo man nix macht, da is auch nix! Ganz einfach Prinzipien, die allerdings von manch einem Ordnungshüter nicht im ganzen Umfang verstanden werden. In Rathenow vertritt man die Meinung, man müsse jegliche Art von Aktion oder Veranstaltung, die die Höchstgrenze der Lärmbelastung bei fünf Dezibel überschreiten, sofort unterbinden und dem engagierten Organisatoren Steine in den Weg legen, die sich nur mit ordentlich viel Sprengstoff aus dem Weg schaffen lassen. Dann wundert man sich allerdings auch noch, dass Rathenow nicht lebendig genug ist, Jugendliche nur Unfug machen, weil irgendwie

Geld benötigen. Die Jugendtreffs brauchen meistens keine große Summen – 2.000 Euro genügen, um beispielsweise den Jugendtreff „Miteinander“ vorm Aus zu bewahren. Wenn ernsthaft darüber diskutiert wird, mit 400.000 Euro das Stadion „Vogelgesang“ auszubauen, dann sollte es an 18.000 Euro für die Jugendarbeit nicht mangeln, so die Argumentation der jungen Parlamentarier. Die LINKE unterstützt die Forderung des KijuPa und warnt davor, nach dem Prinzip der sogenannten „demographischen Rendite“ zu handeln. Denn nur weil es weniger Jugendliche gibt heißt das noch lange nicht, dass diese weniger Ansprüche haben und ihnen weniger Geld zur Verfügung stehen sollte.



Action im „Madhouse“

mit in ihrer Existenz bedroht. Deshalb hat DIE LINKE die Verwaltung beauftragt, sich sofort die Probleme anzusehen und den Gremien der Stadtverordnetenversammlung Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

nichts los ist und alle jungen Menschen die Kreisstadt fluchtartig verlassen. Ist es Angst vor zu viel Lebensfreude oder einfach nur das Verlangen nach einem Sicherheitsgefühl, das jeden Bürger in einen Glasschrank mit Watte setzen soll? Ruhe, Sicherheit und Ordnung sind in letzter Zeit zu den höchst angesehenen Maximen unserer Stadt geworden, was sicherlich seine Berechtigung hat. Doch sollten wir bei all der Ruhe und Ordnung nicht vergessen, dass eine ruhige Stadt ganz schnell eine tote Stadt werden kann.



Festival „Laut und Bunt“ 2008